

Rat weiter gegen „Bombengeschäfte“

NIEDERHORBACH: Ortsgremium verabschiedet Resolution zu Kriegsgräbersammlung an Präsident Gauck und Ministerpräsidentin Dreyer

„Von deutschem Boden geht Krieg aus, wenn deutsche Soldaten in die Kriege der Welt getrieben werden und wenn die deutsche Rüstungsindustrie erfolgreich ihrem Bombengeschäft nachgeht.“ So begründen die Niederhorbacher Gemeinderatsmitglieder in einer Resolution, nicht mehr persönlich für die Sammlung für den Verband Deutscher Kriegsgräberfürsorge zur Verfügung zu stehen.

Die Resolution hat der Gemeinderat am Dienstag mit allen acht Ratsstimmen verabschiedet. Sie soll an den Verband Deutscher Kriegsgräberfürsorge (VDK), den Bundespräsidenten Joachim Gauck und die Ministerpräsidentin Malu Dreyer geschickt werden, um zu begründen, warum die Ratsmitglieder in diesem Jahr nicht persönlich für den VDK sammeln.

Ganz wichtig sei ihm, dass dies keinerlei Kritik an der Arbeit des VDK sei, da diese Arbeit wider das Vergessen wichtig sei, betonte Ortsbürgermeister Walter Hoffmann in der Sitzung. Und selbstverständlich rufe die Orts-

gemeinde, die durch ihre Ratsmitglieder bisher pro Jahr fast 700 Euro für den VDK gesammelt habe, weiterhin zu Spenden auf.

Warum die Räte in diesem Jahr nicht sammeln, wird in der Resolution, die alle Mitglieder unterschrieben haben, begründet: Etliche Vertreter der großen Politik erinnerten sich wohl nicht mehr genau an jene Denkanstöße gegen das Vergessen, wenn sie die Ansicht vertreten, Deutschland sei in der Pflicht, mit Mann und Material „an ausländischen Brandherden mitzuzündeln“.

Die politischen Entscheider sollen selbst von Haus zu Haus ziehen und Geld sammeln.

„Wenn im Militärhaushalt Geld ist, um in fremde Kriege zu ziehen, dann ist erst recht Geld da, um vorhandene und zwangsläufig hinzukommende Gräber Gefallener zu pflegen“, heißt es in der Resolution, in der der Gemeinderat einen praktischen Vorschlag für die politischen Entscheider



Die Pflege von Kriegsgräbern (hier auf dem Ehrenfriedhof in Vorderweidenthal) kostet viel Geld.

ARCHIVFOTO: THÜ

hat: Sie sollen selbst von Haus zu Haus ziehen, ihr Vorhaben den Familien, Kindern und Enkeln der Kriegsoffer begründen und um finanzielle Zuwendung für die Grabbpflege bitten. „Wir sind als Kommunalpolitiker auf unterster Ebene vor diesem Hintergrund nicht Willens, Geld von den Niederhorbacher Haushalten zusammenzubetteln und stellen diesen Job höherrangigen und andersdenkenden Staatsdienern zur Verfügung“, so der Rat in seiner Resolution.

Verkehrsprobleme in der Gemeinde waren ebenfalls Thema in der Ratssitzung, der eine Begehung mit Fachbehörden Mitte Oktober vorausging. An der Ein- und Ausfahrt zur B 38 soll eine Bodenmarkierung mit Tempo 50 aufgebracht und eine 24-Stunden-Geschwindigkeitsmessung durchgeführt werden. Zudem soll eine Geschwindigkeitsmessanlage ausgiehen werden.

Dem Wunsch der Gemeinde, Tempo 30 auszuweisen, um die in ihren Augen für Fußgänger gefährliche Überquerung sicherer zu machen, wurde wegen der geringen Zahl von

Fußgängern nicht entsprochen. Auch die Bahnhofstraße – ein Teil der K 16 nach Kapellen-Drusweiler – könne wegen der geringen Verkehrsdichte nicht mit Tempo 30 belegt werden, teilte das Ordnungsamt der Verbandsgemeinde dem Rat mit.

Das schwierige Thema Parkbuchten, deren Nutzung und die Beschränkung auf eine Zwei-Stunden-Nutzung soll in der kommenden Sitzung mit Gemeinderatsmitglied und Verkehrsexperten Christoph Hupfer diskutiert werden, der in dieser Sitzung nicht anwesend sein konnte.

Frost sei die Ursache der massiv aufgeplatzten Rinde an vielen Bäumen im Wohngebiet „Schafgarten“ gewesen, teilte Ortsbürgermeister Walter Hoffmann mit. Gegebenenfalls könne man mit einem Wundverschluss arbeiten, gesunde Bäume sollten vor dem Winter gekalkt werden, um die Temperaturunterschiede auszugleichen, die zu solchen Rissen in der Rinde führen können. Sein Tipp: Bei Problemen dieser Art eine E-Mail an die Gartenakademie Rheinland-Pfalz zu schicken. (pfn)